Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 83 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 8. April 1930

Mahnung und Drohung.

Wirklich: von irgendwelcher koalitionsmäßigen Bindung des Kabinetts Brüning ist fast nichts zu spüren; der Kanzler hat schon recht, wenn er in seiner Rede vor dem Parteiausschuß des Zentrums äußerte, der Versuch, auf dem bisher üblichen Verhandlungsweg mit irgendeiner Koalition zusammen zum Ziel einer Kabinettsbildung zu gelangen, wäre sicherlich nicht geglückt aber höchstens mit einer Verzögerung um Wochen. Nur daß der Reichspräsident sich so energisch in die Bresche warf, die durch den Rücktritt der Regierung Müller entstanden war, und nur dadurch, daß der neue Reichskanzler den Kampf mit widerstrebenden Reichstagsparteien aufnahm — aufnehmen konnte, weil er sich dabei auf die persönliche und verfassungsmäßig festgelegte Autorität des Reichspräsidenten stützen durfte —, hat den im Sumpf endloser Parlamentskrisen steckengebliebenen Reichskarren wieder ein Stück vorwärts gebracht. „Weil das Parlament versagte“ — das ist immer wieder der leider allzusehr zutreffende Grund, den Dr. Brüning für sein und des Reichspräsidenten Verhalten und Vorhaben ins Feld führen darf. Er spart nicht mit dem ebenso berechtigtem Tadel gegenüber dem früheren Kabinett, das an sich den ehrlichen Arbeitswillen gehabt habe, aber die Verantwortung und „Führung“ immer mehr auf die Fraktionsführer hinübergleiten ließ. „Das ist eine ganz ungesunde Entwicklung innerhalb des Parlamentarismus, die unbedingt einmal zu einer rein politischen Krise führen mußte.“ Das ist ja denn auch geschehen mit dem Erfolg, daß wir allerdings in dieser Krise vorläufig noch mitten drin stehen, weil sich erst in den nächsten Tagen wieder einmal entscheiden muß, ob die Regierung den Reichstag auf ihrem Wege hinter sich herzerren kann — oder ob seine Auflösung zur Notwendigkeit wird, um dem Kabinett allein ein Vorwärtskommen auf diesem Wege zu ermöglichen.

Wie alles dazu kam, hat schließlich nur noch ein historisches, also nicht gerade übermäßiges Interesse. Was ist und was sein wird, was die Regierung Brüning will und wie sie es durchzuführen, gegebenenfalls durchzuzwingen beabsichtigt, — das ist eigentlich nur noch von Wichtigkeit. Hierüber hat sich Dr. Brüning etwas breiter und genauer ausgelassen als in seiner ersten Regierungserklärung. Er geht dabei von der Verantwortung aus, die dem deutschen Volk, seinen Parteien und seiner Regierung die Annahme des Young-Plans auferlegt hat; ganz alleiniger Träger dieser Verantwortung für die Durchführung dieses Planes ist Deutschland, sein Mitträger ist mehr da in der Person des Reparationsagenten.

Und diese Verantwortung verlangt zuerst eine Ordnung der Reichsfinanzen, darüber hinaus aber auch die des gesamten Geld- und Kapitalmarktes. Beide natürlich im vordringlichsten Interesse Deutschlands selbst und — ungestört von politischen Eingriffen, wie sie bisher nur allzuoft erfolgten, zum mindesten und selten mit Unrecht befürchtet werden mußten. Der Reichskanzler verwies mit gutem Grund darauf, daß die erschreckend starke Abwanderung deutschen Kapitals und deutscher Unternehmen ins Ausland nicht etwa bloß durch steuerliche Überbelastung verursacht sei, sondern ebensosehr durch die Unsicherheit in dem Verhältnis des Staates zur Wirtschaft. Man schätzt ja diese Summen abgewanderten deutschen Kapitals auf acht bis zehn Milliarden! Und dieses Riesenkapital nimmt lieber eine geringere Rentabilität in Kauf als sich den fortdauernden Umordnungen und Umstellungen, dem Hin und Her deutscher Finanz- und Steuerpolitik, sozialen Experimenten und anderen Unsicherheiten auszusetzen. „Was wir brauchen, ist eine stabile Wirtschaftspolitik für die nächsten Jahre; keine Erschütterung mehr, sondern ein sicheres Aufsteigen der Wirtschaft“ sagt Dr. Brüning und verspricht damit vieles! Und leider hat er ja recht damit, daß nur unter diesen Bedingungen auf eine Rückwanderung jenes Milliardenkapitals zu hoffen ist.

Ordnung und Sicherheit in der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage als Voraussetzung für das Rück- und Einströmen größerer Kapitalien vom Ausland her — das zu schaffen ist ja auch allein der Weg, auf dem der furchtbare Druck der Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Die endgültige „Vereinigung“ des zwischen Deutschland und den meisten großen Weltmächten stehenden Reparationsproblems verlangt, wie Dr. Brüning scharf betonte, für seine kreditpolitisch-wirtschaftliche Auswirkung aber vor allem, daß Deutschland selbst mit größter Beschleunigung, aber auch mit ebenso großer Gründlichkeit jene Voraussetzungen zur Wirklichkeit macht, Ordnung, Stabilität, Sicherheit ins Finanzwesen und in die Wirtschaft hineinbringt. Was andererseits auch erst wieder eine wirklich tatkräftige Hilfe für die Landwirtschaft und für den schwer ringenden deutschen Osten ermöglicht.

„Diese Not gilt es zu erkennen und gemeinsam mit dem Reichskabinett daran zu arbeiten, ohne Rücksicht auf Parteiorganisation und Parteitaktik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu lindern und zu helfen . . .“ schloß Dr. Brüning seine Ausführungen. Sie enthalten eine Mahnung, aber auch eine — Drohung, die gegebenen-, notwendigenfalls zur Tat werden zu lassen der neue Reichskanzler entschlossen zu sein scheint.

Steuersenkung und Ausgabendrosselung

Die Finanzfragen im Reichstag.

Schieles Agrarprogramm.

Montag trat das Reichskabinett zusammen, um die Vorschläge des Reichsernährungsministers Schiele über das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft zu beraten. Das Programm für die Osthilfe soll zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden. Für die Dienstagsitzung des Reichstages ist die Tagesordnung nachträglich geändert worden. Zunächst war nur die dritte Lesung des Schankstättengesetzes vorgesehen. Jetzt sollen auch die dem Reichstag mittlerweile zugegangenen Vorlagen über die Übergangsregelung des Finanzausgleichs und zur Vorbereitung der Finanzreform behandelt werden. Das letztere Gesetz enthält, wie in der ursprünglichen Fassung, die Ermächtigung zur Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung bis zu vier Prozent sowie die Bestimmungen über Steuersenkung und Ersparnisse bei den Ausgaben. Für die zweite Beratung der dem Steuerausschuß vorliegenden Gesetze ist der Mittwoch in Aussicht genommen worden.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte am Montag die Beratung der Deckungsvorlagen fort, und zwar bei dem Gesetzentwurf über Zolländerungen, der die Zollerhöhung für Benzin und Benzol enthält. Der Vertreter des Finanzministeriums bezifferte den Mehrertrag auf 65 Millionen, von denen 40 Millionen an die Länder überwiesen werden sollen, die verpflichtet seien, die Beträge für die Wegeunterhaltung zu verwenden. Der Ausgleichssteuersatz für die innere Erzeugung soll nach den Vorschlägen der Regierung 4,80 Mark betragen. Demgegenüber haben die Regierungsparteien eine Herabsetzung auf 3,80 Mark beantragt.

Grundsätzliche Einigung im Reichskabinett über die Agrarfragen

Berlin, 7. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Sitzung auf Grund einer Vorlage des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über ein „Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft“ mit den Agrarfragen. Die mehrstündige Aussprache führte zu einer grundsätzlichen Einigung. Eine abschließende Kabinettssitzung wird Dienstag nachmittag stattfinden.

Ermäßigung der Steuern.

Im ursprünglichen Vorschlag zur Finanzreform, der dem Reichstage vorliegt, heißt es, daß der Reichsminister der Finanzen beauftragt wird, gemeinsam mit dem Reichssparkommissar ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuersenkung schafft und namentlich auch eine baldige Senkung der fortdauernden Ausgaben gewährleistet. Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen Mark im Haushalt für 1931 einzusparen. Die durch Verminderung der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts eintretenden Ersparnisse sind unter Berücksichtigung der Kassenlage sowie der Zuschläge oder Abschläge, die sich aus der Entwicklung der Einnahmen des Reiches ergeben, für Steuersenkungen zu verwenden.

Diese Pläne waren die des früheren Finanzministers Hilferding, die auch sein Nachfolger Moldenhauer anerkannte. Nun ist es aber zweifelhaft, ob die Regierung in der jetzigen veränderten Situation den Entwurf noch als unabänderliche Form vertreten wird, sondern geneigt ist, namentlich in bezug auf die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, sich Modifikationen anzuschließen, wie sie vor dem Sturz des Kabinetts Müller ziemlich aussichtsreich angeregt wurden. Diese Änderungen werden voraussichtlich jetzt durch Anträge der Parteien zu der Regierungsvorlage in die Erscheinung treten.

Eine klare Frage.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat am Sonntag eine Rede in Magdeburg gehalten, in der er sagte, ein ins einzelne gehendes Steuersenkungsprogramm werde noch vor Ostern dem Kabinett unterbreitet werden. Das Gesetz werde viele Einschränkungen bringen und daher viele Widerstände finden. Aber, ein Finanzminister, der populär ist, hat seinen Beruf verfehlt, meinte Moldenhauer. Man werde auch bei den Gemeinden nachprüfen müssen, wo Ausgabesenkungen möglich seien. Das frühere Kabinett habe bereits einen Entwurf vorbereitet durch den durch eine Beweglichkeit der Gemeindesteuern nämlich durch eine „Bürgerabgabe“, jeder einzelne Bürger wieder stärker an den Finanzen der Gemeinde interessiert werden soll. Eine entsprechende Vorlage sei auch von der jetzigen Regierung zu erwarten. Moldenhauer kündigte an: „Wir werden an den Reichstag appellieren, ob er die Finanzen sanieren und der Wirtschaft helfen will.

Wir sind entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um unseren Willen durchzuführen. Es wird in dieser Woche der Augenblick kommen, wo wir den Reichstag und das deutsche Volk vor eine ganz klare Frage stellen und nicht erlauben werden, die eine oder andere Rosine aus dem Kuchen herauszusuchen.“

Fühlungnahme zwischen Zentrum und Sozialdemokratie?

Berlin, 8. April. Nach dem „Tag“ hat in der letzten Zeit eine erste Fühlungnahme zwischen Zentrum u. Sozialdemokratie stattgefunden, mit dem Ziele, die Sozialdemokratie wieder in die Regierungskoalition einzubeziehen, nachdem die für diese Partei unangenehmen Steuergesetze mit Hilfe der Rechten oder des Artikels 48 angenommen seien. Man hoffe, die Hilfsmaßnahmen für den Osten und für die Landwirtschaft so verzögern zu können, daß die Rechte erst gezwungen werde, die Finanzgesetze anzunehmen, um die Agrargesetze nicht zu gefährden. Die Tendenz gehe weiter dahin, zwar die Agrargesetze in einer infolge der starken Widerstände bei Zentrum und Demokraten verwässerten Form durch die Rechte annehmen zu lassen, die Ausführung der Gesetze aber späterhin, soweit sie nicht schon in Preußen sabotiert würden, in die Hand eines Ernährungsministers der Großen Koalition zu legen.

Die Schweiz für Alkoholbesteuerung.

Zugunsten einer Altersversicherung.

Durch eine Volksabstimmung entschieden am Sonntag die Eidgenossen über eine Verfassungsreform, die den Branntwein, aber auch den aus Obst hergestellten, der Besteuerung unterwerfen will. Aus den erzielten Beträgen soll die geplante schweizerische Altersversicherung bestritten werden. Es wurden abgegeben: 472 000 Ja-Stimmen gegen 311 000 Nein-Stimmen, d. h. 16 annehmende gegen sieben verwerfende Kantonstimmen, wobei der Kanton Wallis noch fehlt. Die Alkoholsteuer ist also angenommen.

Das bisherige Alkoholgesetz erfaßte nur den Kartoffelbranntwein, nicht aber den aus dem in den letzten Jahren immer reicheren Obstertrag hergestellten Obstbranntwein. Durch die Überschwemmung mit Obstschnaps ist der Branntwein heute noch billiger als Wein und der Verbrauch ist groß. Der Kleinhandel mit Branntwein unterliegt nach dem neuen Gesetz Einschränkungen und einer Besteuerung. Umgekehrt wird sich der Bundesstaat die Verwendung des Obstes als Tafelobst und die Förderung des Anbaues von Qualitätstafelobst sowie die Verwendung der Weinrohstoffe, wie Trester usw., als Nahrungs- und Futtermittel besonders angelegen sein lassen. Durch die Maßnahmen sowie eine Erhöhung des Schnapspreises soll der Schnapsverbrauch nach und nach eine wesentliche Verminderung erfahren. Die Reineinnahmen des Alkoholmonopols sollen zur Hälfte dem Bund zufallen für die Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die andere Hälfte wird unter die Kantone verteilt.

Morgen beginnt unser neuer Roman

Vier Herzen, aber nur eine Liebe

VON HANS MITTEWEIDER

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF